



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

H., C. v.: Zur Abrüstungsfrage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

heitern Schimmer wirkt anders. Aber für jeden historisch gebildeten und gestimmten Besucher wird ja auch die vom Leben der Geschichte durchfurchte Insel etwas ganz anderes sein, als ein angenehmes Naturbild, eine sogenannte schöne Gegend. Und für einen solchen könnte, sei es zur Vorbereitung oder zur Erinnerung, keine willkommnere Gabe gedacht werden, als dieses durch und durch feinsinnige Büchlein.



## Zur Abrüstungsfrage



Der Vorschlag des Zaren an die europäischen Staaten, zu einer Versammlung zusammenzutreten, die eine allgemeine Abrüstung beschließen soll, ist sehr bald nach Bismarcks Tode gekommen. Ob man den Tod des großen Kanzlers abgewartet hat, ehe man mit diesem Vorschlage hervortrat? Jedenfalls würde Bismarck nicht verfehlt haben, seine Meinung über die Sache auszusprechen, und die würde aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Zustandekommen der Konferenz in der Weise, wie sie sich die Friedensfreunde vorstellen, ungünstig eingewirkt haben. Denn schon am 2. März 1880 hat der Kanzler dem württembergischen Abgeordneten von Böhler auf einen Abrüstungsantrag schriftlich geantwortet: „Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ew. Hochwohlgeboren gelungen sein wird, unsre Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrolle der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben und daß ein Forum, das sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird.“ Mir scheint, daß die hier von Bismarck ausgesprochenen Bedenken auch heute noch bestehen. Vor allem fehlt Frankreichs endgiltige Anerkennung des durch den Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 geschaffnen Zustandes. Solange Frankreich sich nicht darein findet, daß Elsaß-Lothringen, das ihm unrechtmäßigerweise fast zwei Jahrhunderte lang angehörte, wiederum an den rechtmäßigen Besitzer, das Deutsche Reich, zurückgefallen ist, so lange kann von einer Abrüstung keine Rede sein, wenigstens bei uns nicht.

Bei den andern Großstaaten widersprechen die Thatfachen der Gegenwart gleichfalls den Bestrebungen nach Abrüstung. Der soeben abgegangne Kriegs-

minister Cavaignac verlangte zweihundert Millionen zur Verstärkung der Kriegsrüstung, die Chauvinisten in Frankreich sehen infolge der Wiederaufnahme der leidigen Dreifußsache den Krieg mit Deutschland schon in nächster Nähe. Der erste Lord der Admiralität hat vor kurzem im Unterhause, natürlich unter den bekannten Friedensversicherungen, eine umfassende Verstärkung der Flotte befürwortet. Und der Zar selbst rüstet, das beweisen u. a. seine Schiffsbestellungen im Auslande, insbesondere auch auf der Schichauschen Werft in Elbing, wo Rußland allein vier Torpedojäger und einen großen geschützten Kreuzer bestellt hat. Mittlerweile sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, veranlaßt durch ihre Erfolge gegen die auf den absteigenden Ast ihrer Ruhmesbahn geratenen Spanier, ebenfalls zu dem Entschlusse gekommen, ihre Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande zu vermehren und in den Gang der Welthandel als neuer Großstaat einzugreifen. Wo bleibt da der Friede? Rußland besitzt fast die ganze nördliche Hälfte von Asien; England hat dort sein großes indisches Reich. Jenes dehnt seinen Einfluß immer mehr nach Süden aus, England strebt nach Norden. Zwischen beiden liegen einige kleine Staaten und das große chinesische Reich, wo Rußlands Einfluß zusehends wächst. Die Interessensphären von England und Rußland müssen demnach in kurzer Zeit noch ernster aufeinander treffen, als dies schon jetzt der Fall ist. Dazu kommt die Notwendigkeit, über die spanischen Besitzungen in Asien, im Großen Ozean, über die Philippinen, jetzt bei den Friedensunterhandlungen zwischen Amerika und Spanien eine Entscheidung zu treffen.

Die Zeit, wo England in solchen Fällen allein seine Taschen füllte, ist vorüber. Schon in China hat es sehen müssen, daß Frankreich, Deutschland und namentlich auch Rußland auf dem Plan erschienen sind und schon namhafte Erfolge errungen haben. Das paßt nicht in Englands Pläne und Gewohnheiten. General Pfister sagt in seinem wertvollen 1897 erschienenen Buche: „Aus dem Lager der Verbündeten“ bei den nach der Schlacht bei Dresden Ende 1813 mit Napoleon angeknüpften Friedensverhandlungen: „Was endlich die Engländer bewogen haben mag, einem Friedensversuch beizutreten, ist nicht recht klar. Es war der einzige Staat in Europa, der sich bei dem Kriege wohl befand. Dadurch, daß es Kriege auf dem europäischen Festlande beförderte, anstiftete und nährte, ist England groß geworden, hat seine Reichtümer gesammelt und sein Kolonialreich zusammengerafft. Der Leichengeruch auf dem Kontinente duftete jedesmal ungemein lieblich durch die Handelswelt der Engländer und lockte die Geier herbei, ihre Beute zu holen. Auf Kosten der verblutenden Staaten des Kontinents hatte jetzt wieder England seinen Handel und seine Industrie entwickelt. Auch heute vermag es sich nur auf der Höhe zu halten, wenn es die Staaten des Festlands gegen einander hegt und jeder Gelegenheit ausweicht, die es zwingen könnte, den Nachweis für seine eigne Berechtigung zur Großmachtsstellung zu liefern. So lagen auch damals

zu Ende 1813 in Frankfurt die Dinge für England, und zu Friedensanträgen ließ sich dies Land wohl nur herbei, damit es aufs neue seine Weitherzigkeit erweise, vermöge der es Kriege sucht und anzettelt, während es zugleich unter heuchlerischem Augenverdrehen den Frieden zu schaffen vorgiebt, um es nicht ganz mit dem Himmel zu verderben."

In demselben Buche führt General Pfister noch nach Berg-Delbrück einen Brief Gneisenaus an General Muffling vom 29. Juni 1815 aus Senlis an, worin es heißt: „Wenn der Herzog von Wellington gegen die Tötung Bonapartes sich erklärt, so denkt und handelt er als Brite. Großbritannien schuldet keinem Sterblichen mehr Verbindlichkeiten, als gerade diesem Bösewicht; denn durch die Begebenheiten, die er herbeigeführt hat, ist Englands Größe, Wohlstand und Reichthum so sehr hoch gesteigert worden. Sie sind die Herren des Meeres und haben weder in dieser Herrschaft, noch im Welthandel eine Nebenbuhlerschaft mehr zu fürchten.“ So ganz ist das nun doch nicht mehr der Fall. Allerdings sind die Engländer, was die Anzahl ihrer Schiffe in den verschiedenen Weltteilen anlangt, die Herren des Meeres. Ob sich diese Herrschaft aber noch so bewährt wie zu Nelsons Zeiten, das ist eine andre Frage. Schon in einem Aufsatz „Englands Macht,“ den die Grenzboten im zwölften Heft von 1896 brachten, habe ich auf Grund unwidersprochener englischer Äußerungen sehr wesentliche Mängel in der Bemannung und Ausrüstung der englischen Kriegsschiffe hervorgehoben. Ich kann diesen Angaben noch aus einem Aufsatz von Lord Charles Beresford im Nineteenth Century von 1897 hinzufügen: Von den 361 Schiffen der britischen Marine seien eine Menge veraltet und unbrauchbar, 45 seien noch mit Vorderladekanonen bewaffnet und nicht als Kriegsschiffe zu benutzen. Der Lord nennt diese Schiffe mit Namen. Andre Schiffe hätten zwar Hinterlader, seien aber trotzdem als Kriegsschiffe unbrauchbar, so z. B. ein Kreuzer der C-Klasse. England besäße in seinen Übungsgeschwadern noch Schiffe, die die alten 64-Pfünder-Vorderladekanonen trügen. Der Aufsatz ist als Angriff gegen die britische Admiralität gerichtet. Trotz aller Anstrengungen scheint sich in dieser Beziehung in England bis heute nicht viel geändert zu haben. Denn was z. B. die Disziplin anlangt, so wirft das Vorkommnis auf dem britischen Kanalgeschwader, wovon jüngst alle Zeitungen berichtet haben, ein sehr trübes Licht darauf. In Milford Haven fand nach üblicher Sitte eine Urlaubserteilung im großen an Land statt. Als das Geschwader aber wieder abdampfen sollte, fehlten von den Beurlaubten 500 Mann, die nicht an Bord zurückgekehrt waren und wahre Orgien der Trunkenheit, wie die Morning Post schreibt, in der Stadt feierten. Das Geschwader mußte einen Kreuzer zurücklassen, um diese pflichtvergeffenen Matrosen nachzubringen. Mit Recht nennt man ein solches Vorgehen nicht mehr eine Urlaubsüberschreitung, sondern eine Meuterei, und wenn man dieses traurige Vorkommnis, so heißt es in öffentlichen Blättern

weiter, mit den in den letzten Monaten bekannt gewordenen Fällen von schwerster Unbotmäßigkeit mit den thätlichen Verletzungen Vorgesetzter zusammenhält, so gewinnt man ein schlimmes, aber kein falsches Bild. Auch in Beziehung auf die Nebenbuhlerschaft im Welthandel, die England zu Gneisenaus Zeiten und nach dessen vorhin angeführten Worten nicht mehr zu fürchten hatte, ist eine Änderung eingetreten. Allgemein erkennt man Deutschlands Handel die erste Stelle nach dem englischen zu, und sogar ein französisches Blatt, der *Soleil*, spricht dies ausdrücklich aus, indem es nach dem Untergang der Bourgogne zu einem Kongresse der seefahrenden Völker auffordert, worin bessere Schutzmittel gegen Unglücksfälle zur See beraten werden sollen, und dessen Vorsitz Deutschland übernehmen solle. Wir sind zweifellos auf dem besten Wege, im Welthandel weitere Erfolge zu erringen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß unser Handel wieder die Stufe erreicht, die er zu Zeiten der Hanse in Europa einnahm. Hoffentlich ist es aber ausgeschlossen, daß unsre Handelsschiffe, wie einst die Schiffe der Hanse, einfach von den Engländern weggenommen werden, wie das unter der Königin Elisabeth 1589 mit 60 Schiffen der Hanse im Tajo geschah, ohne daß sich damals in dem zerrissenen römischen Reiche deutscher Nation auch nur eine Hand zur Vergeltung geregt hätte.

Wenn ich jetzt noch einige Thatsachen anführe, die ich theils Privatnachrichten, theils Zeitungsartikeln entnehme, um das früher entworfne Bild der englischen Landmacht zu vervollständigen, so wird man daraus schließen dürfen, daß das englische Heer trotz seines kürzlich über die Derwische in Aegypten erfochtenen Sieges in keiner Weise von einem russischen, deutschen oder französischen Heer zu fürchten ist. Ein Privatbrief erzählt mir von der Absendung eines englischen Bataillons nach Südafrika. Der Zug, der diese etwa dreihundert Mann starke Truppe an das Meer zur Einschiffung bringen sollte, stand von 10 Uhr morgens bis 1½ Uhr nach Mitternacht bereit. Die Soldaten, schwer betrunken, konnten zum Teil nur mit Gewalt in den Zug gebracht werden, sechs Mann trugen z. B. einen Widerstrebenden, der sich mit Händen und Füßen wehrte. Dabei stand eine die Zahl der Tapfern etwa um das Doppelte übersteigende Masse von Frauenzimmern. Da kann es nicht Wunder nehmen, wenn ein englischer General meinem Gewährsmann erzählt, daß seine ganze Brigade ohne Ausnahme die Kur gegen syphilitische Krankheiten durchgemacht habe, und daß die Zeitungen noch kürzlich berichteten, daß 75 Prozent aller englisch-indischen Truppen von derartigen Krankheiten heimgesucht seien. Nach dem Bericht des Indischen Amtes von 1897 über die unter der britischen Armee in Indien wütenden venerischen Krankheiten waren 8880 Mann völlig selbstdienstuntauglich, und nicht weniger als 1300 britische Soldaten müssen jährlich wegen solcher Leiden nach England zurückbefördert werden. Während bei uns jede Verheimlichung einer solchen ansteckenden Krankheit mit empfindlicher Arreststrafe geahndet wird, besteht eine

ärztliche Untersuchung des Militärs in der britischen Armee überhaupt nicht. Was die englischen Offiziere anlangt, so will ich hier nur eine Äußerung der *Army and Navy Gazette* aus 1896 anführen. Dort heißt es: „Die Armee hat nicht mehr die Anziehungskraft für die wohlhabenden Männer wie früher. Jährlich wächst die Zahl der Offiziere, die allein von ihrem Gehalt leben müssen. Wenn es die Absicht ist, die Offiziere gerade so arbeiten zu lassen wie die andern Stände, so werden die meisten Offiziere, die Privatvermögen besitzen, bald zurücktreten.“ In der That soll auch die Zahl der Offiziere stetig gesunken sein. Der allgemeine Eindruck, den deutsche Reisende von englischen Truppen in den Kolonien hatten, wird als wenig günstig geschildert.

Was ich hier über Englands Macht zu Wasser und zu Lande vorgebracht habe, wird meine Ansicht bekräftigen, die ich in dem Grenzbotenartikelf von 1896 ausgesprochen habe: „Sedenfalls können wir und alle andern Völker, die mit Englands Interessen in Widerstreit geraten, ruhig auf unserm Rechte bestehen.“ Wir haben das gottlob bis heute in Asien und auch seit der Transvaaldepeche in Afrika gethan, und von allen damals in die Welt posaunten englischen Drohungen ist bis jetzt nichts wahr geworden. Das berühmte fliegende Geschwader, das damals nach Afrika gehen sollte, scheint auch zu Hause geblieben zu sein; denn man hat nichts mehr von ihm gehört. Immerhin aber müssen wir uns das merken, was aus dem von den Grenzboten im März 1897 als Flugblatt herausgegebenen Spektatorartikel zu entnehmen ist, nämlich daß England unserm Handel zur See durch Wegnahme unsrer noch lange nicht hinreichend geschützten Handelsschiffe unermesslichen Schaden zufügen kann. Dazu kommt, daß sich England und Amerika seit dem für Amerika günstigen Ausgange des Krieges mit Spanien augenscheinlich nähern. Der bekannte Afrikareisende Karl Peters, der seit seiner Verurteilung in Deutschland seinen Wohnsitz nach London verlegt hat, prophezeit schon ein Zusammenschließen von England und Amerika zu einem britischen Herrschaftsgebiet, mit dem verglichen die alten „Weltreiche“ Vorderasiens und auch das Römerreich reines Kinderspiel gewesen seien. Das Jahr 1899 soll schon, nach Peters, die erste praktische Wirkung dieser Kombination in den chinesischen Gewässern, in der Südsee, sowie im Atlantischen Ozean darthun. „Was wird der Kontinent von Europa dazu sagen?“ fragt Peters. Hoffentlich giebt ihm, der den Kontinent für hoffnungslos in sich gespalten erklärt, jetzt die Abrüstungskonferenz des Zaren die richtige Antwort, dahin, daß sie ein festes Zusammenstehen des Kontinents gegen englische Anmaßungen in ganz klarer und bestimmter Form ausspricht. Mehr bedarf es gegenüber England und auch gegenüber Amerika nicht. Englands Macht habe ich nach guten Quellen mehrfach gekennzeichnet, und die Thaten der Union im letzten Kriege sind wahrlich nicht dazu angethan, einer französischen, russischen, deutschen

Flotte oder gar einem Landheer eines dieser Staaten irgend welches Grauen zu bereiten. Wenn die genannten drei Staaten, dazu Österreich und Italien, auf dem Kongresse, der ja unzweifelhaft zu stande kommen wird, zusammenstehen, so ist England völlig gelähmt. Denn in Asien unterliegt es zweifellos in einem etwaigen Landkriege gegen Rußland, trotz seines neuesten Kriegsruhms bei Omdurman. Was ein solcher Sieg nur einigermaßen europäisch geschulter Truppen über barbarische Völkerschaften sagen will, wird am besten durch den Prinzen Friedrich Karl charakterisirt, der es bei seinem Aufenthalt in Ägypten in den achtziger Jahren ablehnte, das Schlachtfeld von Tel el Kebir zu besichtigen, weil er sich davon keine Bereicherung seiner Kriegserkenntnisse versprechen könnte. Und auch zur See, wenn England mit einem Landkriege in Asien gegen Rußland einen Seekrieg in Europa verbinden wollte, würde das Zusammenstehen des Dreibundes mit dem Zweibunde in den Gewässern Europas Englands Seemacht, deren Mängel bekannt sind, die Wage halten. Es ist keine Frage, daß das russisch-französische Bündnis vor allem gegen England gerichtet ist. Auch die Franzosen werden allmählich einsehen, daß von einer Rückgabe oder Neutralisirung Elsaß-Lothringens keine Rede sein kann. Die allgemeine Übereinstimmung über diese Frage hat unser Kaiser erst kürzlich bei den Manövern in Westfalen ganz klar und bestimmt ausgesprochen; auch bei der Enthüllung des Denkmals für Kaiser Friedrich bei Wörth 1895 ist er für die Festhaltung von Elsaß-Lothringen in nicht mißzuverstehender Weise eingetreten. Wenn man weiter an die jetzt umlaufenden Gerüchte von einem Vertrage Deutschlands mit England in Afrika die Meinung knüpft, Deutschland wolle die Sympathien für Transvaal aufgeben und damit unsre kolonialen Erwerbungen in Südwestafrika in Gefahr bringen, so ist das für den deutschen Vaterlandsfreund kaum glaublich.

Man muß sagen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine allgemeine Konferenz der europäischen Staaten eine absolute Notwendigkeit ist. Zar Nikolaus hat sich mit ihrer Zusammenberufung ein großes Verdienst erworben. Von einer Abrüstung kann aber keine Rede sein. Abrüsten konnte man zu den Zeiten der Landsknechte, der geworbenen Truppen. Die brauchte man nach abgelaufener Werbezeit nur einfach zu entlassen. Heutzutage aber ist unser Heer eine Schule für das Volk, die wir unter keinen Umständen aufgeben können. Eine Revision des Frankfurter Friedens von 1871, eine Wiederherstellung des Kirchenstaats kann nicht in Frage kommen. Es bleibt also die Regelung der Erwerbungen Europas in den asiatischen und afrikanischen Gebieten. Und das ist eine Aufgabe, die namentlich jetzt nach dem spanisch-amerikanischen Kriege immer dringender geworden ist. England hat einen solchen Vorsprung an Erwerbungen für sich gemacht, daß ihm unbedingt Halt geboten werden muß. Auch seine Besitzungen im Mittelmeer und an den Küsten davon müssen einer Revision unterzogen werden. Gibraltar, Malta,

Ägypten können nicht so ohne weiteres in seinen Händen bleiben, wenn der Handel und Verkehr der übrigen Staaten frei sein soll. Deshalb mögen die Staaten des europäischen Festlandes allen alten Hader schwinden lassen und auf der Konferenz fest zusammenstehen gegen England und Amerika. Dadurch wird der Frieden auf der Erde, der überhaupt durch die Erleichterung des Verkehrs zu allen Zeiten gefördert worden ist, am besten gesichert werden; jedem Kulturstaate muß ein seiner Bedeutung entsprechender Teil der noch barbarischen Länder zufallen zum Besten der Entwicklung dieser Länder und zu seiner eignen Wohlfahrt.

C. v. H.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Lehre vom Klassenkampf. Die Mitteilungen in Nr. 38 der Grenzboten über die Aufnahme der Nachricht vom Genfer Fürstenmorde durch einen Teil der deutschen Industriearbeiter sind natürlich in der sozialdemokratischen Presse als unwahr zurückgewiesen worden, worum wir uns nicht weiter zu kümmern brauchen. Bei dieser Gelegenheit ist aber das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Vorwärts, über das Ableugnen der mit allem Nachdruck hier nochmals bezeugten Tatsache, „daß der niederträchtige Meuchelmord in Genf von unsern sozialdemokratisch erzogenen Industriearbeitern nicht mit Abscheu und Bedauern, sondern mit Schadenfreude und hämischer Genugthuung aufgenommen worden ist,“ hinaus gegangen und hat folgende außerordentlich lehrreichen positiven Erklärungen abgegeben: Die Arbeiter verurteilten zwar die That ebenso scharf, aber sie fragten nach ihrer tiefern sozialen Ursache. Sie, die selbst unter den Unzulänglichkeiten der heutigen Gesellschaftsverfassung schwer litten, würfen mit Recht die Hauptschuld auf die herrschenden Kreise, die blind wären gegenüber dem namenlosen Elend, aus dem heraus die sittliche Verwahrlosung erwachse. „Ja, heißt es wörtlich, die Arbeiter sind die einzigen, deren Entrüstung über Mordthaten, mögen sie politischen Weigeschmack haben oder nicht, ehrlich ist. An der Ehrlichkeit der Entrüstung derer um die Grenzboten zu zweifeln, haben wir dagegen hinreichende Veranlassung. Haben doch diese Kreise kein Wort der Entrüstung übrig für den tausend- und millionenfältigen Mord, den die Kapitalistenklasse begeht, indem sie dem Proletarier, der proletarischen Frau, den proletarischen Kindern in ungesunden Arbeitsräumen, durch überlange Arbeitszeit, durch unzureichende Entlohnung den natürlichen Lebensverlauf um Jahre und Jahrzehnte verkürzt!“ Das sind die Empfindungen, die nach den Wünschen der Sozialdemokratie unsre Arbeiter bei dem Genfer Morde gehabt haben und haben mußten. Was bleibt an scharfer Verurteilung der That daneben wohl noch übrig? Der Beweis dafür, daß die in der Beurteilung jenes niederträchtigen Meuchelmords zu Tage tretende tiefe Entartung der sittlichen und sozialen Anschauungen unsrer Industriearbeiter ganz und gar dem sozialdemokratischen Grunde entsprossen ist, kann nicht bündiger erbracht werden, als durch diese